

## Mündliche Anfragen

für die Fragestunden der 20. und 21. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 15. März und Freitag, dem 16. März 2007

**1. Abgeordnete  
Monika Fink und  
Jens Guth (SPD)**

**„Beratungszentrum Nachwachsende Rohstoffe“ am Dienstleistungszentrum  
Ländlicher Raum (DLR) Eifel**

Landwirtschaftsminister Hendrik Hering hat die Einrichtung eines „Beratungszentrums Nachwachsende Rohstoffe“ am Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum (DLR) Eifel in Bitburg angekündigt. Mit der landwirtschaftlichen Produktion und Nutzung nachwachsender Rohstoffe kann die Einkommenssituation der Landwirtschaft verbessert und die Wettbewerbssituation der landwirtschaftlichen Betriebe gestärkt werden. Landwirte sind in Rheinland-Pfalz heute nicht nur Produzenten qualitativ hochwertiger Lebensmittel, sondern auch Energiewirte.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Aufgaben wird das „Beratungszentrum Nachwachsende Rohstoffe“ am Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum (DLR) Eifel haben und wie wird es ausgestattet werden?
2. Welche Chancen ergeben sich durch die Einrichtung des „Beratungszentrums Nachwachsende Rohstoffe“ beim DLR Eifel für die Eifelregion?
3. Welche Perspektiven sieht die Landesregierung bei der Produktion und Nutzung nachwachsender Rohstoffe für die Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz?
4. Inwiefern kann die Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz bei dem von der Landesregierung geplanten Kompetenznetzwerk in diesem Bereich profitieren?

**2. Abgeordnete  
Dorothea Schäfer (CDU)**

**Verfahren zur Schließung von Schulkindergärten**

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie informiert das Land die jeweils betroffenen Schulträger im Falle einer beabsichtigten Schließung von Schulkindergärten?
2. Aus welchen Gründen wurde die Schließung des Schulkindergartens in der Verbandsgemeinde Bodenheim durch das Land lediglich telefonisch angekündigt, eine frühzeitige schriftliche Information des Schulträgers aber unterlassen?
3. Auf welchem Wege hat die Landesregierung veranlasst, dass Eltern nicht mehr – wie bisher üblich – in Abstimmung zwischen Schule und Schulärztin/Schularzt Anträge auf Aufnahme in den Schulkindergarten stellen durften?

---

Die Mündlichen Anfragen Nr. 9, 10, 13, 15 und 16 sind fristgerecht für die 21. Plenarsitzung am Freitag, dem 16. März 2007, eingegangen.

**3. Abgeordnete  
Nicole Morsblech (FDP)**

**Anmeldezahlen an weiterführenden Schulen in Rheinland-Pfalz für das Schuljahr 2007/2008**

Gemäß der Übergreifenden Schulordnung des Landes Rheinland-Pfalz haben die Anmeldungen für die Aufnahme an weiterführenden Schulen bis Ende Februar des Jahres zu erfolgen, in dem das entsprechende Schuljahr beginnt.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie entwickeln sich die Anmeldezahlen für die verschiedenen weiterführenden Schulen (Hauptschule, Regionale Schule, Duale Oberschule, Realschule, Integrierte Gesamtschule, Gymnasium) für das Schuljahr 2007/2008 im Vergleich zu den beiden Vorjahren?
2. Wie haben sich die Anmeldezahlen für Ganztagschulangebote im Vergleich zu gleichartigen weiterführenden Schulen ohne Ganztagschulangebot entwickelt?
3. Welche Rückschlüsse und Folgerungen zieht die Landesregierung aus den Zahlen mit Blick auf die regionale Präsenz und Perspektiven der einzelnen Schularten?
4. Welche Schulstandorte sind nach Kenntnis der Landesregierung aufgrund zurückgehender Schülerzahlen gefährdet?

**4. Abgeordneter  
Gerd Schreiner (CDU)**

**Kredite der Europäischen Investitionsbank für den Hochschulbau**

Ich frage die Landesregierung:

1. In welchem Zeitraum will das Land die angekündigten zwei Kredite bei der Europäischen Investitionsbank aufnehmen?
2. Wie hoch werden Zins und Tilgung im Vergleich zu den Krediten auf dem Kreditmarkt sein?
3. Sind die Kredite bei der EIB in der veranschlagten Kreditfinanzierung des Landeshaushalts oder des Landesbetriebs Liegenschafts- und Baubetreuung (LBB) enthalten oder erfolgt die Kreditaufnahme zusätzlich zu den im Haushalt oder bei der LBB veranschlagten Krediten?
4. Welcher Anteil der Hochschulbauinvestitionen des Landes wird 2007 und 2008 mit den Krediten der Europäischen Investitionsbank finanziert?

**5. Abgeordnete  
Hannelore Klamm und  
Margit Mohr (SPD)**

**Arbeitsbedingungen auf dem Briefmarkt**

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di hat ein Gutachten in Auftrag gegeben. Danach sind bis zu zwei Drittel der Beschäftigten im privaten Briefmarkt geringfügig Beschäftigte, das Gehalt liege bei den Vollbeschäftigten im privaten Briefmarkt rund 30 Prozent unter dem der Postangestellten.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung nach den Auswirkungen auf Rheinland-Pfalz:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Annahme, dass im privaten Briefmarkt bis zu zwei Drittel der Beschäftigten geringfügig Beschäftigte sind?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Ankündigung, dass die Bundesnetzagentur jetzt die Arbeitsbedingungen auf dem Briefmarkt untersuchen will?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die Tatsache, dass nicht selten Postzusteller und Postzustellerinnen privater Dienste auf ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen sind?
4. Welche Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen und das Lohnniveau erwartet die Landesregierung zum Ende des deutschen Briefmonopols, wenn gleichzeitig eine europäische Öffnung des Postmarktes verschoben wird?

**6. Abgeordnete**

**Dr. Peter Enders und  
Dr. Josef Rosenbauer  
(CDU)**

**Mitgliederverluste der AOK Rheinland-Pfalz**

Wir fragen die Landesregierung:

1. In welchem Umfang haben Versicherte der AOK Rheinland-Pfalz seit der letzten Beitragserhöhung diese Kasse verlassen?
2. Welche Folgen sind damit nach Einschätzung der Landesregierung für die Situation der AOK Rheinland-Pfalz verbunden?
3. Welche Folgen sind damit im Bereich der hausärztlichen Versorgung verbunden?
4. Welche Folgen können damit für die verbleibenden Versicherten der AOK Rheinland-Pfalz verbunden sein?

**7. Abgeordnete**

**Günter Eymael und  
Nicole Morsblech (FDP)**

**Extra-Standards für Zweijährige in Kindertagesstätten**

Einem Bericht der Rheinpfalz vom 5. Februar 2007 zufolge sah sich die Stadt Bad Dürkheim gedrängt, in Kindergärten Extra-WCs für Zweijährige einzubauen, die neun Zentimeter niedriger sind als die für Dreijährige. Der Bad Dürkheimer Bürgermeister Wolfgang Lutz bezifferte die bis zu diesem Zeitpunkt aufgelaufenen Mehrkosten für die Stadt Bad Dürkheim auf rund 10 000 Euro. Die Landesregierung hat in Beantwortung einer Kleinen Anfrage ausgeführt, dass „lediglich in einem Begleitschreiben zu der Betriebserlaubnis von Seiten des Landesjugendamtes auf die Umsetzung der verabredeten räumlichen Anpassungen hingewiesen (wurde), die den Sanitätsbereich betrafen und insbesondere die Schaffung eines ‚Wickelbereichs für Kleinkinder‘ zum Gegenstand hatten“.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Trifft es zu, dass die Erteilung der Betriebserlaubnis durch das Landesjugendamt für den kommunalen Kindergarten, Kaiserslauterer Straße 349 in Bad Dürkheim-Hardenburg davon abhängig gemacht wurde, dass räumliche Anpassungen, insbesondere im Sanitätsbereich, erfolgt sind?
2. Gab es zu dem Begleitschreiben zu der Betriebserlaubnis von Seiten des Landesjugendamtes eine Anlage, in der ausdrücklich Extra-WCs für Kleinstkinder, Extra-WCs für Hortkinder und besonders gestaltete Wickelbereiche für Kleinstkinder ausgewiesen waren?
3. Aufgrund welcher Bestimmungen mahnte die für die Erteilung der Betriebserlaubnis zuständige Behörde im vorliegenden Fall Veränderungen im Sanitätsbereich der betroffenen Kindertageseinrichtung an?
4. Durch welche Maßnahmen stellt die Landesregierung sicher, dass die Träger von Kindertageseinrichtungen nicht durch überzogene, kostenintensive und bürokratische Anforderungen von der Schaffung zusätzlicher Angebote für unter Dreijährige ausgeschlossen werden?

**8. Abgeordnete**

**Dieter Burgard,  
Bettina Brück und  
Michael Hüttner (SPD)**

**Undurchsichtige Immobiliengeschäfte der rechtsextremen Szene**

Undurchsichtige Immobiliengeschäfte und damit zusammenhängende Aktivitäten der rechtsextremen Szene bleiben aktuell. Dies haben die Geschehnisse rund um ein so genanntes „Schulungszentrum“ der NPD in Gonzerath erneut deutlich gezeigt. Nach wie vor wird versucht, vor allem ländliche Kommunen unter Druck zu setzen und mit scheinbaren Kaufabsichten für Immobilien und dementsprechenden Angeboten in Zugzwang zu bringen. Aktuelle Medienberichte wollen hier ein strategisches Vorgehen erkennen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die aktuelle Entwicklung in Gonzerath?
2. Wie ordnet die Landesregierung die Geschehnisse in Gonzerath vor dem Hintergrund einer zunehmenden bundesweiten Aktivität der rechtsextremistischen Szene in tatsächliche oder geplante Immobiliengeschäfte ein?
3. Welche Ziele verfolgt die rechtsextremistische Szene mit diesem Vorgehen nach Ansicht der Landesregierung?

- 9. Abgeordnete**  
**Alexander Licht und**  
**Hans-Josef Bracht (CDU)**
- Umsetzung des Entwicklungskonzeptes Region Hunsrück/Flughafen Frankfurt-Hahn**
- Wir fragen die Landesregierung:
1. Welche konkreten Schlussfolgerungen ergeben sich in den nächsten Wochen für welche kommunale oder staatliche Ebene, um die Handlungsempfehlungen des FIRU-Gutachtens umzusetzen?
  2. Welche planungsrechtlichen Möglichkeiten könnten den in der Hunsrücker Erklärung genannten Landkreisen im erweiterten Verflechtungsbereich eingeräumt werden?
  3. Welche Grundlagen sind notwendig bzw. einzuleiten, um in einem Raumordnungsvertrag planungsrechtliche Voraussetzungen zu schaffen, die die örtlichen Planungsträger in die Lage versetzen, eine Entwicklung des Flughafens auch regional adäquat zu begleiten?
  4. Welche Möglichkeiten birgt die Empfehlung der FIRU, ein PPP-Projekt unter Beteiligung der Landesregierung auch in einer AG einzubinden, um eine nicht nur planerische, sondern auch investive Umsetzung der Projekte im Entwicklungsraum zu gewährleisten?
- 10. Abgeordneter**  
**Hans-Josef Bracht (CDU)**
- Neuer Repräsentant des Landes Rheinland-Pfalz im „Haus der Großregion“ in Luxemburg**
- Ich frage die Landesregierung:
1. Wurde die Stelle der Repräsentanz des Landes in Luxemburg ausgeschrieben? Wenn ja, wann? Wenn nein, warum nicht?
  2. Weshalb wechselt der bisherige Geschäftsführer der PER, Joe Weingarten, zur Repräsentanz des Landes in Luxemburg?
  3. Was befähigt ihn für die neue Aufgabe und welche Qualifikation hat er?
  4. Wie beurteilt die Landesregierung die Entwicklung des Hauses der Großregion in Luxemburg vor dem Hintergrund, dass seit 1999 bereits vier Landesrepräsentanten berufen wurden?
- 11. Abgeordnete**  
**Marianne Grosse (SPD)**
- Bewertung der Landesregierung der UNICEF-Studie**
- Am 14. Februar 2007 wurde die erste internationale UNICEF-Vergleichsstudie zur Situation von Kindern in Industrieländern vorgestellt.
- Ich frage die Landesregierung:
1. Wie bewertet die Landesregierung die Ergebnisse dieser UNICEF-Studie für Rheinland-Pfalz?
  2. Welche Projekte und Initiativen hat die Landesregierung auf den Weg gebracht, um die Lebensbedingungen und Zukunftschancen von Kindern und Familien in Rheinland-Pfalz weiter zu verbessern?
  3. In welchem Rahmen bewegen sich die im Haushalt bereitgestellten Mittel zur Förderung und Beratung von Familien?
  4. Wie beurteilt die Landesregierung das Beratungsangebot für Familien, Jugendliche und Kinder in Rheinland-Pfalz?

- 12. Abgeordnete**  
Nicole Morsblech (FDP)
- Auswirkungen des Landesgesetzes zum Ausbau der frühen Förderung (Drucksache 14/4453) auf das Krippenplatzangebot in Rheinland-Pfalz**
- Mit dem Gesetz zum Ausbau der frühen Förderung und dem Programm „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“ hat die Landesregierung in den vergangenen Jahren Maßnahmen ergriffen, um bis zum 1. Oktober 2010 ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren in der Fläche sicherzustellen.
- Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:
1. Wie hat sich seit dem Inkrafttreten des Gesetzes zum Ausbau der frühen Förderung zum 1. Januar 2006 die Zahl der Krippenplätze in Rheinland-Pfalz im Vergleich zu den Plätzen in geöffneten Kindergartengruppen entwickelt?
  2. Wie gedenkt die Landesregierung, die Platz-Kind-Relation landesweit auf ein gleichmaßen hohes Niveau zu bringen und somit bedarfsgerechte Angebote in der Fläche sicherzustellen?
  3. Durch welche Maßnahmen wirkt die Landesregierung darauf hin, insbesondere die Betreuungslücke für die bis zu zwei Jahre alten Kinder sukzessive zu schließen?
  4. Wie berechnet sich der Personalschlüssel für die einzelnen Betreuungsformen?
- 13. Abgeordneter**  
Dr. Axel Wilke (CDU)
- Verkauf der Burgruine Meistersel und Ausübung des Vorkaufsrechts des Landes**
- Vor dem Verwaltungsgericht Neustadt a. d. W. ist ein Rechtsstreit anhängig, in dem der Erwerber der Burgruine Meistersel bei Ramberg, Kreis Südliche Weinstraße, die Entscheidung des Landes anfecht, zu diesem Kauf das Vorkaufsrecht gemäß LandesdenkmalSchG auszuüben.
- In diesem Zusammenhang frage ich die Landesregierung:
1. Seit wann waren der Landesregierung die Kaufverhandlungen zwischen dem bisherigen Eigentümer und dem späteren Käufer bekannt sowie die Verbindung des Käufers zur rechten Szene?
  2. Wann wurde der das Vorkaufsrecht auslösende Kaufvertrag geschlossen?
  3. Wann erhielt die für die Ausübung zuständige Stelle Kenntnis von dem das Vorkaufsrecht begründenden Verkauf und dem Inhalt des Kaufvertrages?
  4. Wann und in welcher Form erfolgte die Ausübung des Vorkaufsrechts?
- 14. Abgeordnete**  
Jutta Steinruck (SPD)
- Europäisches Jahr der Chancengleichheit**
- Die Europäische Kommission hat das Jahr 2007 zum „Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle“ erklärt. Ziel dieses Aktionsjahres ist es sicherzustellen, dass die europäische Antidiskriminierungsbestimmungen angewandt und durchgesetzt werden. Auf der Ebene der EU-Mitgliedstaaten und ebenso in den einzelnen deutschen Bundesländern sollen Veranstaltungen und Aktionen diese Zielsetzung in den Blickpunkt rücken und unterstützen.
- Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:
1. Mit welchen Themen und Schwerpunktsetzungen beteiligt sich Rheinland-Pfalz am Europäischen Jahr der Chancengleichheit?
  2. Welche Veranstaltungen sind dazu seitens der Landesregierung geplant?
  3. Welche Institutionen und Verbände sind in die Kampagne einbezogen?

**15. Abgeordnete**  
**Hannelore Klamm,**  
**Dieter Klöckner und**  
**Margit Mohr (SPD)**

### **Öffnung des Briefmarktes**

Zum 31. Dezember 2007 sollte das deutsche Briefmonopol auslaufen. Am 1. Januar 2009 soll der europäische Briefmarkt geöffnet werden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wenn andere Länder, wie etwa Frankreich, die Öffnung des europäischen Postmarktes hinausschieben wollen, wird nach Einschätzung der Landesregierung der deutsche Briefmarkt dennoch voraussichtlich Ende 2007 geöffnet werden?
2. Befürchtet die Landesregierung einen Wettbewerbsnachteil, wenn einzelne europäische Länder ihren Briefmarkt nicht wie geplant öffnen?
3. Was würde nach Einschätzung der Landesregierung eine Verschiebung des Auslaufens des deutschen Briefmonopols für die Gültigkeit der Postuniversaldienstleistungsverordnung (PUDLV) bedeuten?
4. Wie schätzt die Landesregierung die Absicht der Deutschen Post AG ein, Vollzeitarbeitsplätze vermehrt in Teilzeitbeschäftigungen in der Briefzustellung umzuwandeln und Dienste auszulagern?

**16. Abgeordnete**  
**Marlies Kohnle-Gros**  
**(CDU)**

### **Sicherheit in Schönenberg-Kübelberg**

In der Ortsgemeinde Schönenberg-Kübelberg gab es in den vergangenen Jahren immer wieder Probleme mit Kriminalität. Seit geraumer Zeit häufen sich Beschwerden von Nachbarschaft und Passanten an zentralen Dorfplätzen. Es kam auch zu Übergriffen. In der vorletzten Woche hat der Gemeinderat einstimmig eine Resolution verfasst, mit der mehr Polizeipräsenz, Videoüberwachung und ein Alkoholverbot gefordert werden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie kann dem Sicherheitsbedürfnis in Schönenberg-Kübelberg genügt werden?
2. Ist eine Aufstockung der Polizeiwache zu einer Polizeiinspektion mit Personal rund um die Uhr kurzfristig möglich?
3. Welche anderen Maßnahmen sind zusätzlich oder alternativ möglich?